

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1908

24 (29.1.1908)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementspreis: Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.
Redaktionschluss: 1/2 Uhr vormittags.

Inserate: Die einseitige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pf. Total-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 Uhr.

Druck und Verlag
Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Rezension, Besprechung, Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: A. Weizmann; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Ziegler in Karlsruhe.

Das Landesparlament in Elsaß-Lothringen.

Gerade jetzt, in einer Zeit des schärfsten Wahlrechtskampfes, dürfte es an der Zeit sein, von einer südlichen Verfassung zu sprechen, die ebenfalls — in weniger brutaler als vielmehr heimtücklicher Weise — weite Volksfreiheit um ihr erstes Bürgerrecht, das Wahlrecht bringt. Man hat in Preußen den Zustand, daß im Landesparlament die stärkste Partei, die Sozialdemokratie, nicht vertreten ist. Auch in Elsaß-Lothringen herrscht dieser Zustand. Die Sozialdemokratie, die bei den letzten Wahlen mit 80 000 Stimmen direkt hinter dem Zentrum kam, hat im Landesauschuss auch nicht einen einzigen Vertreter, während die Volkliberalen mit ihren nicht 50 000 Stimmen eine ganze Fraktion von 7 Mann aufmarschieren lassen können.

Preußen lastet wie ein Alp auf dem ganzen Deutschen Reich, insbesondere auf den wenigstens etwas freiheitlich gesinnten Süddeutschen Staaten. Aber diese Länder können sich wehren. Sie haben ihr eigenes Parlament, das auf einem gerechten Wahlsystem fußt. Elsaß-Lothringen ist der reaktionären Regierung in Berlin wehrlos ausgeliefert. Elsaß-Lothringen ist nicht selbständig. Verfassungsrechtlich ist es Reichsprovins, tatsächlich preussische Provinz.

Zwischen dem demokratischen Frankreich und dem liberalen Süddeutschland liegt das Land, ein Eldorado für die Reaktionsbedürfnisse Berlins.

Es ist in Preußen das System der brutalen Geldsach-einteilung nach Klassen, das dem Proletariat jede Einwirkung auf die Zusammenlegung des Parlaments raubt, so ist in Elsaß-Lothringen das System der Filterierung der Volksmeinung durch indirekte Wahlen, das mit Raffinement ausgestattet ist und nach Wunsch wirkt. Man kann auch ohne Klassenwahl starke Parteien aus einem Parlament fernhalten.

Der Landesauschuss für Elsaß-Lothringen beruht auf dem System der allgemeinen, gleichen, geheimen und indirekten Wahl. Und zwar setzt er sich zusammen aus 34 Abgeordneten, die von den drei Bezirkstagen gewählt werden und 24 Abgeordnete, die aus den einzelnen Kreisen (Stadt- und Landkreise) hervorgehen.

Die Bezirkstage sind Körperschaften, die aus französischer Zeit (états généraux) übernommen sind. Es bestehen drei, je einer für Oberelsaß (Sitz Kolmar), für Unterelsaß (Sitz Straßburg), für Lothringen (Sitz Metz). Diesen Bezirkstagen liegt die Regelung einiger weniger Angelegenheiten ob, wie z. B. die öffentliche Waisenpflege, die öffentliche Krankenpflege u. a. m. Sie waren ursprünglich als ein Verwaltungskörper gedacht und demgemäß spielte Politik bei den Wahlen zum Bezirkstage gar keine Rolle. Es kam nicht auf die Partei, sondern auf die Person an. Man wählte die „Angesehensten“ und so wurden die Bezirkstage zu einer Versammlung von Notabeln des Landes. Das war zu französischen Zeiten so und blieb auch in den ersten Jahren der deutschen Herrschaft — so lange nämlich, als die Bezirkstage ihre alten Aufgaben behielten. Das änderte sich Ende der 70er Jahre. Bis zum Jahre 1877 war für die elsass-lothringische Landesgesetzgebung der Weg der Reichsgesetzgebung vorgeschrieben. Gesetze für Elsaß-Lothringen konnten also nur durch übereinstimmende Beschlüsse des Reichstages und des Bundesrats zustande kommen. Nun war schon im Laufe der 70er Jahre aus den Bezirkstagen ein sogenannter „Landesausschuss“ zustande gekommen, der — ohne beschließendes Recht — sich über Gesetzesentwürfe gutachtlich zu äußern hatte. Dieser Landesausschuss erhielt durch Reichsgesetz vom 2. Mai 1877 ein beschränktes Gesetzgebungsrecht: Unter Vorbehalt der Erlassung von Landesgesetzen auf dem Wege der Reichsgesetzgebung wurde bestimmt:

Landesgesetze für Elsaß-Lothringen werden mit Zustimmung des Bundesrats vom Kaiser erlassen, wenn der Landesausschuss denselben zugestimmt hat.

Mit anderen Worten: Der Landesausschuss darf ja sagen, wenn Preußen will: sagt er nein, so geht man über ihn hinweg an den Reichstag. Man sieht: Preußen rettet sich immer etwas. Die gesetzgebenden Faktoren waren bisher gewesen: Reichstag und Bundesrat. Nun war zweiterlei geschehen. Ganz sachte und unmerklich war der König von Preußen (als deutscher Kaiser) in die Gesetzgebungs-maschine eingeschoben worden. Solange die elsass-lothringische Landesgesetzgebung nur vom Reiche abhing, hatte Preußen nur einen sehr begrenzten Einfluß. Jetzt wurde der König von Preußen zum entscheidenden Faktor. Genehmigte Reichsgesetze hatte er zur Ausführung zu bringen. Jetzt war das Bild geändert. Der Kaiser hatte in der

elsass-lothringischen Landesgesetzgebung ein Veto-Recht, das heißt: er konnte kraft eigenen Rechts, jede Vorlage zu Falle bringen. Was aber die Hauptfrage war: er brauchte nicht mit dem Reichstage zu rechnen, also einem Parlament, das aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorging, sondern nur mit dem Landesauschuss, einem Parlament, das auf einem mehr als elenden Wahlsystem fußte.

Wie kommt denn dieses Parlament zustande? In den Bezirkstagen, die ja die Mehrheit des Landesauschusses stellen (34 und 58 Mitgliedern) sitzen aus den oben bemerkten Gründen, behäbige Fabrikanten, gemittelte Notare, alte ansässige Landärzte usw., jedenfalls nur Leute, denen es gut geht, die Fünfe gerade sein lassen können. Diese Verwaltungskörper bekommen nun plötzlich politische Funktionen. Sie sollen Abgeordnete wählen. Nun kennt man sich zwar sehr gut, weiß von einander die verschiedenen Gewohnheiten beim „Tärtele, „cing cent“ (im Elsaß gebräuchliche Kartenspiele. D. Red.); die politischen Anschauungen des einzelnen kennt man aber nicht, besonders dann nicht, wenn man „Nähe gar nicht hat. Aber man wußte Rat. Man wählte diejenigen, die gerade mittun wollten, und wenn nicht reicht, noch einige ältere Herren. So wurde der Landesauschuss eine Versammlung biederer Spießbürger, die ihren großen Aufgaben nicht gerade immer mit allen erforderlichen Fähigkeiten gegenüberstehen. Nur insoweit die ureigensten Interessen der hohen Bourgeoisie, der Großindustriellen, der guten Landwirtschaft und des Großhandels in Frage kam, da war alles auf dem Noten. Von den 24 aus den Kreisen gewählten Abgeordneten war ebenso wenig zu erwarten. In den Stadtkreisen (Straßburg, Mülhausen, Kolmar und Metz) wählte der von der Bourgeoisie beherrschte Gemeinderat die Abgeordneten, immer zuverlässige Leute. In den übrigen 10 Kreisen wählten die Landgemeinden bzw. deren Gemeinderäte Wahlmänner, die ihrerseits wieder die Wahl der Abgeordneten vornahmen (doppelt indirekte Wahl). Hier gelten für die Wahl dieselben Grundsätze, wie bei den Bezirkstagswahlen.

Dieses überaus komplizierte Wahlsystem verschafft von vornherein der Landwirtschaft ein ungeheures Uebergewicht. In den Bezirkstagen wird nach unbedingter Majorität gewählt. Hier können die Städte vollständig unterdrückt werden. In den Kreisen erleiden die Mittelstädte infolge der Zusammenkoppelung mit den Landgemeinden dasselbe Schicksal. Allein die vier größten Städte haben die Möglichkeit, je einen städtischen Vertreter zu schicken.

Nach dieser Darstellung ist die bestehende parteipolitische Konstellation sehr erklärlich. Der Landesauschuss umfaßt eine Summe von konservativ-agrarisch gerichteten Elementen, mit mehr oder minder clerikalem Einschlag. Eine eigentliche Gruppierung der Parteien hat erst im letzten Jahre stattgefunden. Da ist zunächst die groupe lorraine, der lothringische Block, engherzige Reaktionäre, deren Programm sich in einem idealen La Lorraine aux Lorrains (Lothringen den Lothringern) erschöpft. Die Leute charakterisiert insbesondere ein feig versteckter Chauvinismus von protektionistischer Färbung, Kurzsichtigkeit in deutsch-politischen Dingen, vollständige sozialpolitische Unfähigkeit. Dann kommt die Zentrumsfraktion. Das elsässische Zentrum ist — der Not gehorchend — um einen Grad demokratischer als das schlesische, rheinische oder bayerische; im allgemeinen aber dieselbe Couleur, gibt insbesondere in kulturellen Fragen den bayerischen Parteifreunden nichts nach. Ganz in der Ecke sitzt schließlich noch ein „liberal-demokratisches Fraktionchen“ von 19 Mann. Einer davon ist bereits Direktor der direkten Steuern geworden und wartet auf das Portefeuille des Finanzministers; ein anderer harret geduldig, bis er zum Kultusminister gemacht wird. Die zwei Proben. Farbe: Reichsdeutscher Blockliberalismus in Reinkultur. Von den Mitgliedern sind drei in Straßburg, Kolmar und Mülhausen im Gemeinderat als Kompromißkandidaten der bürgerlichen Volksparteien gewählt.

Und die Sozialdemokraten? Die stehen in allen Körperschaften in der Minderheit und werden herabgedrückt. Wir haben Genossen in den Bezirkstagen in den Gemeinderäten und unter den Wahlmännern. Ueberall aber in der Minderheit. Und so drückt man die Sozialdemokraten überall an die Wand. Daß es der Gerechtigkeit entspräche, auch Sozialdemokraten in den Landesauschuss kommen zu lassen, fällt den braven Bürgerlichen nicht ein.

Das traurigste an der Sache ist, daß bei den Landesauschusswahlen das Volk ganz unbeteiligt ist. Die Kandidaten messen sich nicht in offener Wahlkacht. Wozu auch? Es handelt sich ja nur um die handvoll Wahlmänner, die man hinter den Kulissen mit allen Feinheiten politischer Hintertreppen-Diplomatie bearbeitet.

Deutsche Politik.

Wilhelm II. und unten das Volk.

Vor etwa einem Jahr verhandelte die Berliner „Freie Volksbühne“, der große Theater- und Kunstverein der Berliner organisierten Arbeiterschaft mit der Intendantur der Berliner kgl. Theater wegen mietweiser Ueberlassung des Neuen königlichen Operntheaters zu den Sonntagnachmittagsvorstellungen des Vereins. Die Verhandlungen nahmen anfangs einen günstigen Verlauf, bis sie plötzlich an einem geheimnisvollen dunklen Punkt anlangten und sich zerstückelten. Am letzten Sonntag aber wurde die Welt durch folgenden Theaterzettel überrascht:

Neues kgl. Operntheater. Auf Allerhöchsten Befehl: Erste Vorstellung für die Berliner Arbeiterschaft. Prinz Friedrich von Somburg.

Die „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“, ein höflicher Verein, dessen Vorstand zahlreiche Ministerfrauen angehören, hatte die Sache in die Hand genommen und mit Hilfe von Kriegervereinen usw. die Billets zu je 50 Pf. „unten Volk“ gebracht. Die kaiserliche Familie und andere Fürlichkeiten hatten ihr Erscheinen zugestimmt. Die übrige Gesellschaft wird vom Hofrichterstatter der Scherlpresse naserümpfend also geschildert:

Wiedere Leute aus dem Volke, die Männer im sonn-täglichen Bratenrod, die Mädchen und Frauen in dunklen, hellen karierten Röden und Hüsen aller denkbaren Stoffe. . . . Es war ein bemerkenswerter Moment; dort oben der glänzende Hof und unten die Leute aus dem Volke. . . . Der Beginn des dritten Aktes mutete fast wie eine Galaversion an. Herr von Hülsen klopfte dreimal auf mit einem Stabe. Und wieder wußte das Volk, daß es sich jetzt erheben mußte.

Man sieht daraus, wie gut es war, daß die kgl. Intendantur den Theaterraum nicht an die „Freie Volksbühne“ verpachtete, die inzwischen viel günstigere Unterkunft gefunden hat, sondern der Anregung der von Sozialdemokraten geleiteten Organisation folgend, den Gedanken einer „Arbeiterbühnenstellung“ in dem ihr eigenen Geiste durchführte. Zu Vorstellungen der „Freien Volksbühne“ wäre der Hof schwerlich erschienen, auch hätte das Publikum keine Ahnung davon gehabt, daß man sich „erheben müsse“, sobald ein betrübter Herr dreimal mit einem Stabe aufschlägt, sondern viel eher hätte es passieren können, daß man in den stürmischen Ruf „Wahlrecht! Wahlrecht!“ ausgebrochen wäre. Dann aber hätte sich vielleicht der Polizeipräsident von Berlin an ein bekanntes Wort des Kurfürsten im „Prinzen von Somburg“ erinnert:

Seltam! — Wenn ich der Bey von Tunis wäre, Schlug ich bei so zweideutigem Vorfall Lärm; Die seidene Schnur legt ich auf meinen Tisch, Und vor das Tor, verrammelt mit Kalfaden, Führt ich Kanonen und Haubizen auf.

Freien wir also das gültige Geschick, das an Stelle organisierter Proletarier schlächtige Männer im Bratenrod in die königlichen Theateräume geführt hat: „biedere“ Leute „da unten aus dem Volke“, die sich bei Hofe zu benehmen wissen!

Herr Holle in den Nesseln.

Die königliche Regierung in Liegnitz hat nachstehende Verfügung erlassen:

Die Gesellschaft für Volksbildung in Berlin, welche ihren Einfluß durch Unterstützung von Volksbibliotheken auch im hiesigen Bezirk geltend gemacht hat, nimmt neuerdings eine der christlichen Lehre und der christlichen Kirche so entgegen-gesezte Stellung ein, daß wir uns verpflichtet halten, von der Unterstützung ihrer Bestrebungen durch Zahlung von Beiträgen, durch Entnahme von Büchern oder sonstwie zu warnen.

Veranlaßt ist dieser fromme Regierungserlaß durch die schauerhafte Tatsache, daß in den Volksbibliotheken der Gesellschaft für Volksbildung Bücher von Darwin, Haeckel, Bötsche und sogar von Sarnad, dem Liberalen Theologen, geführt werden. Jetzt stößt aber die fürsorgliche Absicht einer hohen königlichen Staatsregierung auf die unvermutete Tatsache, daß der Vorsitzende der von ihr geschultriegelten Gesellschaft der nationalliberalen — Prinz Schön aich Carola th ist. Herr Holle muß also einen schleunigen Rückzug auf allen Vieren antreten, wenn er nicht das Schicksal seines, wie es scheint, immer noch viel aufgefklärteren Vorgängers, des seligen Herrn Stubi, erleiden will.

Straßendemonstration für das Wahlrecht in Hessen.

Eine Volksversammlung in Mainz demonstrierte für das gleiche Wahlrecht in Hessen. Dann ging auf die Straße. Die Mainzer „Volkzeitung“ schildert die Situation wie folgt: . . . Auf die Straßel-Raum war das Hoch auf die Arbeiterbewegung verflungen. So kam,

Bilger
B. Hirschstr. 28.
Telephon 2447.
Theater-
Bühnenbau
Verleihanstalt
von
Theaterkostümen.
reichste Aus-
ur gebiege-
und historisch
Anstalt
Ausstattung
- und Karne-
Festspiele, leb-
wie aller sou-
kräftigen Aus-
zu billigen
Verband nach
wärts.
Verkauf
ertragene Herren-
kleider, Schuhe,
aber nur gute
492.
a Strecktas-
che 5, Eingang-
Hertrage.
erwohnung,
Lustig, mögl. mit
reudig, in der
Schiff. Offert. unter
n. d. Exp. d. G.
Verkauf.
telliges Wohnhaus
mit Schöne, Schö-
nung sowie etw.
um den Preis
zu verkaufen. Bei
leichter Zug-
gegeben. Zu er-
Hildstr. 17. 40
Anmachung.
re der im Monat
unter Nr. 1078
12748 ange-
erneuerten Plan-
hermit auf-
sänder bis lan-
uar 1908 an-
Scheine in
soll erneuert
insfalls die An-
ng gebracht
den 25. Jan. 1908
andlichasse.
Anzeigen.
neu, edel
Strom,
12, Hintere-
Zigennern
bilts
unbahnstr. 10.
6 ist im Vorder-
schöne Manufaktur-
in 1 Zimmer.
auf 1. April
es datelst 2. E.
wird v. Herrn
mögl. Zimmer-
eparater Eingang
unter N. G. 333
Karlsruhe.
annes Nummer
ie Lad von Holz-
Magazinarbeiten
ögel von Braun-
Unterelchingen.
er hier, mit Karte
von Helmstedt
hier. — Auf-
mine Müller von
stein, mit Sohn
Obendorf, Kar-
von Mannheim.
er hier, mit Karte
Dobsdach, Wagn-
— Karl Schmid
ine Mayer von

ausgaben für die auf badischem Gebiete liegenden Strecken der Main-Neckar-Bahn ist auf 1 885 000 Mark (2 382 000 Mark) berechnet und beträgt 477 000 Mark weniger, weil nach Inbetriebnahme des neuen badischen Rangierbahnhofes in Mannheim (1. Mai 1907) im Einverständnis mit der badischen Staatseisenbahnverwaltung aus Betriebsrückichten (!) ein Teil des Güterverkehrs von der Main-Neckar-Bahn auf die preussisch-hessische Staatsbahnstrecke Frankfurt a. M. - Mannheim umgeleitet worden ist. Hierdurch vermindert sich der Anteil Badens an den Betriebsleistungen der Main-Neckar-Bahn, andererseits hat Baden auch weniger an den Betriebsausgaben der Main-Neckar-Bahn, die hier vereinnahmt werden, beizutragen. Demgegenüber beträgt die Summe der dauernden Ausgaben nach dem Etat 1 345 644 908 (1 222 968 630), so daß sich ein Ueberschuß von 203 267 778 (718 602 223) ergeben werde. Aus diesen Ausgaben haben wir den Anteil Hessens an den Ergebnissen der gemeinschaftlichen Verwaltung mit 24 540 000 (15 781 000) und den Anteil Badens mit 2 560 000 (3 480 000) hervor."

Wie stellt sich nun die Rechnung? Preußen bekommt von Baden zwar 477 000 Mark weniger, dagegen bekommt es durch die Umleitung der Güter von der badischen Strecke der Main-Neckar-Bahn auf die preussische Staatsbahnstrecke Mannheim-Frankfurt 920 000 Mark Mehreinnahmen. Baden aber erleidet auf dieser kurzen Strecke einen Einnahmeausfall in Höhe von 443 000 Mark, der sich aber, wenn nicht alle Ansprüche trügen, auf eine halbe Million steigern wird. Und das alles geschieht mit Zustimmung der badischen Eisenbahnverwaltung und ohne daß man den Landtag erst darüber zu Rate zu ziehen braucht. Im Lande aber vertieren badische Staatsbürger jahrzehntlang vergeblich um Erbauung kleiner Nebenbahnen. Es fehlt an Geld, heißt es immer. Verweilen verzichtet die badische Eisenbahnverwaltung zu Gunsten Preußens auf jährlich 1/2 Million Einnahmen.

So mußte es kommen, nachdem auch die Mehrheit des badischen Landtags sich in diesen Fragen blind zeigte. Wie lange wird es noch dauern, und Baden wird seine Eisenbahnen der preussischen Zunftbureaucratie ausliefern.

Gegen die Zigarren-Vanderolesteuer

Land in Grünwettersbach am Sonntag, 26. Jan., eine öffentliche Protestversammlung statt, welche einen guten Besuch aufzuweisen hatte. Kollege Bauer, der das Referat übernommen hatte, erntete am Schlusse seiner Ausführungen allgemeinen Beifall. Redner forderte nach Verlesung der Resolution die Anwesenden auf, dieselbe einstimmig anzunehmen, welschem Wunsche die Versammlung nachkam. Ferner forderte er auf, indem wir einer für die Arbeiterchaft schlimmen Zeit entgegengehen, dafür zu wirken, daß auch in Grünwettersbach die Organisation festen Boden gewinnt. Die zur Annahme gelangte Resolution hat folgenden Wortlaut: „Die heute in Grünwettersbach stattfindende öffentliche Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen jedwede Erhöhung oder Besteuerung des Tabaks, sei es durch Einführung einer Zigarren-Vanderolesteuer oder sonstige Steuer, und fordert die Abgeordneten auf, im Sinne dieser Resolution zu handeln und die Vorlage abzulehnen.“

Landtagsersatzwahl in Schopfheim-Schönau. Am letzten Samstag sprach Genosse Ad. Geß (Offenburg) in einer stark besuchten Versammlung in Maulburg, am Sonntag Nachmittag in Gausen; auch diese Versammlung wies sehr guten Besuch auf. Unser Kandidat sprach am Samstag in Eichen bei gutem Besuch, am Sonntag nachmittags in Gerzbach; dort hatten die Liberalen gleichzeitig eine Versammlung einberufen. Dennoch hatten wir ein volles Lokal, die Feuerwehrrmusik gab vor dem Referat ein Stück zum besten. Ueberall wurden die Ausführungen stürmisch applaudiert. Am Sonntag

Abend sprach unser Kandidat in der Heimatgemeinde des Bündler-Kandidaten, in Raibach. Der Besuch dieser Versammlung ließ zu wünschen übrig, da gleichzeitig der Militärverein seine Kaiserfeier hielt.

Der Kampf zwischen Liberalen und Bündlern nimmt einen für Politiker wenig erfreulichen Charakter an. Schon verschiedene Zusammenstöße bedenklicher Art fanden statt. Aber letzten Sonntag nahm in der liberalen (!) Hochburg Schopfheim die Versammlung der Bündler ein fatales Ende. Sämtliche konservative Landtagsabgeordneten Badens waren erschienen. Rechtsanwalt Schmitt, der Bruder des Abgeordneten Schmitt, sprach zuerst, dann kam der Abgeordnete Schmitt, der es mit der Wahrheit, wie es scheint, nicht besonders genau nimmt. Die Versammlung, hauptsächlich aus Schopfheimer Liberalen bestehend, wurde immer mehr unruhig. Da, mitten in der Rede des Abgeordneten Schmitt, forderte der jungliberale Weinhändler Sutter die Versammlung auf, das Lokal zu verlassen, was auch geschah; somit war die Versammlung gesprengt. Wer hier nun von den beiden Parteien der Klügere war, wollen wir dahingestellt sein lassen. Nur eins hörte man von den Arbeitern äußern, daß es bei den Sutter-Sozgen nicht so zugeht. Der Bündler-Kandidat D. S. wald ist plötzlich (!) erkrankt. (?) Er hat sich beim Solz sagen eine ernsthafte Fingerverletzung zugezogen und hat mit dem Redenhalten aufgehört; es ist scheint seine schwächere Seite, das Reden. Sein Programm hatte er überall in ca. 8 Minuten entrollt (!). Die Liberalen trauen nicht recht; bereits in allen Dörfern müssen sie 2 Versammlungen abhalten, obs was nicht, zeigt der 30. Januar, dem wir mit größter Anhe und Vertrauen entgegensehen.

Die Landtagswahl im Jahre 1905.

Table with 5 columns: Amt/Bezirk, Wahlberechtigt, Nat.-Lib., Centr., Soz. Includes data for Schopfheim, Schönau, and various sub-districts.

Theater und Musik.

Opertheater Karlsruhe.

Kamen und Julie. Wer das musikalisch herrliche, gegenüber „Margarethe“ noch ungleich wertvollere Opernwerk des großen Franzosen gestern Abend gehört hat, der wird sich wundern fragen, warum man ihm an der hiesigen Bühne nicht häufiger begegnet. So schien vermutlich erst das Gastspiel Sigrid Arnaldson den Anstoß dazu gegeben zu haben. In Frau v. Westhofen besitzt die Karlsruher Oper eine Julie und für alle übrigen Rollen sind die geeigneten Vertreter vorhanden, zum Teil ist sogar die Möglichkeit zum Alternieren gegeben. Ueber Frau Arnaldson ist im allgemeinen nichts neues zu sagen, was nicht schon beim ersten Gastspiel in „Mignon“ gesagt worden wäre. Man dürfte auch gestern wieder die außerordentliche Grazie bewundern, mit der sie alle ihre Rollen, auch dann, wenn diese nicht am Platze ist, verkörpert; man konnte auch fernerhin das wunderbare Zueinanderfließen von Gesang und musikalischem Ausdruck erneut beobachten. Der Wohlklang des Organs war von einem bestridenden Reiz und traf den poetischen Stimmungsgehalt aufs unmittelbarste, wenngleich dem ersteren nach der Höhe zu immerhin Grenzen gesetzt sind, was schon äußerlich auch dadurch bemerkbar wurde, als verschiedene Stellen nach unten transponiert sich anhörrten. Wenn man in den Couloirs gelegentlich zu hören bekam, daß diese Julie kalt lasse, so rührt das nur daher, weil die Gastin in einer fremden Sprache singt und es wird niemand behaupten wollen, daß dies, besonders in den Liebesscenen, irgendwie künstlerisch schön wirkt. Wir wissen ganz genau, daß es unsern Landsleuten in Frankreich nicht durchgelassen wird, deutsch zu singen. Warum sollen wir Deutsche mindere Ansprüche stellen? Freilich wird es keinen großen Wert haben, wenn wir hier in Karlsruhe allein die Brandfadel schwingen, aber die Intendanten der deutschen Bühnen treten doch alle Jahre zu einer Konferenz zusammen, warum einigt man sich hier nicht zu gemeinsamen Vorgehen gegen den anmaßenden Egoismus der ausländischen Gesangsgrößen? Aus der übrigen Besetzung der Oper darf man wieder Herrn J. Ad. v. (Homo) an erster Stelle nennen. Mächte der Künstler schon mit dem vor wenigen Tagen gesungenen Wilhelm Meister viel Freude, so gab er gestern als Montague den jüngsten Beweis seiner glänzenden künstlerischen Eigenschaften. Der Sänger zeigte sich in den beiden ersten Akten zunächst noch zurückhaltend, konnte sich aber dann stimmlich im

dritten Akt, noch mehr eigentlich im vierten Akt, in der großen Liebeszene, prächtig entfalten. Die Darbietung setzte auch in darstellerischer Hinsicht ein reißes Stadium voraus, was wir hier gern besonders betonen wollen. Weitere neue Besetzungen erliefen der Graf Paris durch Herrn Schüller und der Page Stefano durch Fr. Lerch. Sie konnten beide befriedigen. Ob der Fürst Escalus schon einmal von Herrn Notha gesungen wurde, entzieht sich im Moment unserem Gedächtnis, dagegen begrüßen wir in Herrn Puffards Inbalt einen erprobten Vertreter dieser Rolle. Herr Keller schien nicht nur stimmlich indispontiert gewesen zu sein, wohl aber hatte Herr van Gorkom für die recht bedeutende Ansprüche stellende Partie des Mercutio seine vornehme Gesangsmanier ins Gedächtnis zu werfen. Weiterhin betätigten sich die Herren Büttner, Erl und Bodenmüller sowie Fr. Friedlein, ohne daß man etwas auszuweisen hätte. Der Chor detonierte im Prolog merklich, auch vom D. H. e. haben wir gerade in dieser Oper früher besseres zu hören bekommen. Ueber die Eigenmächtigkeiten des Herrn Dr. Gähler in den Tempis lassen sich allerhand mehr oder weniger schmeichelhafte Betrachtungen anstellen. Sie mögen aber erst dann ihre volle Berechtigung haben, wenn Herr Dr. Gähler sie auch durchzuführen vermag und dazu scheinen doch mehr Proben nötig zu sein. Anangenehm empfunden wurden auch die starken Striche an der Oper; der ganze letzte Teil des vierten Aktes fehlte. Die Ursache hierfür dürfte wohl dem Gaste zugeschrieben werden. — Das ziemlich gut besetzte Haus feierte den Gast durch zahlreiche Hervorrufe. L.

Literatur.

(Alle hier angeführten Bücher und Zeitschriften sind durch unsere Buchhandlung zu beziehen. Alle Bestellungen werden prompt ins Haus geliefert; bei Bestellungen von auswärts wird ersucht, das Porto beizufügen.) Die neueren Ansichten über die Entstehung des Erdöls. Von Geheimrat Prof. Dr. C. Engler (Karlsruhe). Verlag für Fachliteratur, G. m. b. H., Berlin W. 15. 1907. In dem Buche ergreift der Altmeister der Petroleumforschung selbst das Wort, um einen Ueberblick des jetzigen Standes unserer Kenntnis von der Entstehung des Erdöls zu geben. Eine berufener Feder konnte es dazu wohl kaum geben. Seit es Engler gelang, aus tierischen Fetten durch Druckdestillation Erdölsolextrakte herzustellen, ist sein Name mit der Erdölforchung unlosbar verknüpft. Der mäßige Preis (2 M.) des Buches wird der Verbreitung nur förderlich sein.

Die Budgetdebatte im Landtag

nahm gestern Dienstag-Nachmittag ihren Fortgang. Der Schluß dieser Debatte ist noch nicht abzusehen, da die Zahl der Redner eher zu als abnimmt. Gestern befiel als erster der Fraktionsredner der Konservativen, Abgeordneter Gierich das hohe Seil. Seine Ausführungen über die Finanzpolitik zeugten von mehr gutem Willen als von Sachkenntnis. Herr Gierich sprach von dem günstigen Einfluß, den die finanziellen Ergebnisse unserer Bahnen auf die Finanzen überhaupt ausgeübt haben. Der konservativen Fraktionschef weiß demnach noch nicht einmal, daß die Eisenbahnen ein ausgeglichener Verwaltungszweig sind und demzufolge einen finanziellen Einfluß auf die Ergebnisse des allgemeinen Staatshaushaltes gar nicht ausüben können. Wenn Herr Gierich sich gegen direkte Reichsteuern ausspricht und die Wirkungen der indirekten Steuern auf den Preis der Produkte bestritt, so braucht das nicht zu verwundern, ebenso wenig, wenn Herr Gierich von einer Betriebsmittelgemeinschaft sich große finanzielle Vorteile für Baden erhofft. Was Herr Gierich über die Haltung der Konservativen bei der Präsidentenwahl und über das Verhältnis zum Zentrum sagte, bot nichts Neues. Die Konservativen wollen nicht die Wafallen des Zentrums sein. Daß sie es sind, steht jedoch außer allem Zweifel. Die Rede des Herrn Gierich machte keinen Eindruck.

Dagegen ging Abg. Fröhlich scharf mit der Regierung ins Gericht, die einer geradezu charakterlosen Reichspolitik das Wort gesprochen habe. Es sei gar nicht daran zu denken, daß die qualitativ besseren Elemente der großen bürgerlichen Parteien eine solche Politik unterstützen. Die Haltung des Staatsministers habe um so mehr verblüffen müssen, als er von dem Führer der Zentrumsfraktion aus schärfste Probe worden sei. Fröhlich war der erste Redner, der auf den neuen Gehaltstarif zu sprechen kam. Zutreffend bezeichnete er die vorgegebene Klasseneinteilung als nur die Streberei fördernd. Von besonderem Interesse waren die finanzpolitischen Darlegungen Fröhlichs. Den Standpunkt des Finanzministers bezeichnete er mit Recht als überlebt und rückständig. Fröhlich kündigte an, daß ein Antrag eingebracht werde, wonach die Ausgaben für die Rheinregulierung und die Wieslochener Irrenanstalt aus Anleihen zu bestreiten und die dadurch freiwerdenden Mittel für die Verbesserung der Volksschule, der Gehaltsverhältnisse und für Unterstützung armer Gemeinden verwendet werden sollen. Sehr entschieden opponierte Herr Fröhlich gegen die Auffassung des Finanzministers über die Tabaksteuer. Wie ein badischer Finanzminister einen solchen Standpunkt vertreten könne, sei einfach unverständlich. Die Unwahrheit und Unehrlichkeit der Zentrumspolitik wurde treffend beleuchtet. Daß die von Fröhlich auf das Zentrum und dessen grundsätzliche Politik abgefeuerten Pfeile ihr Ziel getroffen haben, zeigte die von dieser Seite gemachten Zwischenrufe. Schwach, sehr schwach war das, was Herr Fröhlich zur Verteidigung seiner preussischen Parteigenossen vorbrachte. Großen Eindruck machte die Mitteilung Fröhlichs über die Art, wie heute bei der Gesetzlosigkeit auf dem Gebiete der Eisenbahntarife gewirtschaftet werden kann. Der Regierung gegenüber erklärte Abg. Fröhlich, daß die Linken liberalen an dem Großblock absolut festhalten und eine Politik der Konzeptionen an die konservativ-kerliche Reaktion prinzipiell ablehnen.

Die zweistündige Rede Fröhlichs wurde mit Aufmerksamkeit angehört. Mit dem nun folgenden Redner, dem Abg. Gieseler, trat die zweite Serie der Fraktionsredner in Aktion. Gieseler ist kein guter Redner, er ist auch nichts weniger als eine geistige und politische Kapazität. Als Zentrumsredner verteidigte er natürlich die subalterne Auffassung über die gegenwärtige Finanzpolitik. Im übrigen empfahl er die Zentrumsparität in geradezu aufdringlicher Weise als regierungsfähige Partei. Nach Herrn Gieseler ist das Zentrum von aller Schuld hinsichtlich der Reichsschuldenwirtschaft frei. Die Rede Gieslers war — wenn man von der des konservativen Redners abieht — die schlechteste Leistung der bisherigen Budgetdebatte, was den „Bad. Beobachter“ aber wahrscheinlich nicht abhalten wird, Herrn Gieseler und seine Rede über den Schellenkönig zu loben.

Sente werden die Abgg. Obkircher und Genosse Dr. Frank zum Wort kommen. Letzterer wird die Antwort auf die Rede des Ministers v. Bodman geben.

(18. Sitzung.)

Karlsruhe, 28. Jan.

Präsident Lehrenbach eröffnet 1/5 Uhr die Sitzung. Die Tribüne ist stark besetzt. Am Regierungstisch das Gesamtministerium. Sekretär Reiff gibt die Einläufe bekannt.

4. Tag der Finanzdebatte.

Abg. Gierich (konf.) gibt seiner Genugtuung über die gute Verfassung der badischen Finanzen Ausdruck, doch kann er den Optimismus des Abg. Kolb nicht teilen. Redner wünscht eine Betriebsmittelgemeinschaft und tritt hinsichtlich des Ausbaues des Bahnnetzes für ein beschleunigtes Tempo ein. Für einen Steuerfuß der Vermögenssteuer von mehr als 12 Pf. sind wir nicht zu haben. Wenn es zu weiteren Steuererhöhungen kommen sollte, so müsse man zur Einkommensteuer greifen. Einer Ausbehnung der Erbschaftssteuer sei das Wort zu reden. Auf die Präsidentenwahl übergehend, bemerkt Redner, daß die Konservativen 1906 in gleicher Weise bekämpft wurden, wie das Zentrum. Mit der Redensart, daß sich der Block nicht gegen die Konservativen gewendet habe, sei es nichts. Ein Abhängigkeitsverhältnis zum Zentrum bestche nicht, das beweise das Verhalten der konservativen Fraktion auf dem letzten Landtage. Diese sei ebenso oft mit den Liberalen gegangen, wie mit dem Zentrum. Die Haltung seiner Partei bei der Präsidentenwahl gründe sich auf der Ansicht, daß der Präsidentenstich der stärksten Fraktion des Hauses aufzukommen soll.

Abg. Fröhlich (frei.) konstatiert einen Ruck der Regierung nach rechts. Er hätte vom Staatsminister eine andere Antwort auf die Anzuspungen Behnters erwartet. Redner geht sodann auf die Finanzpolitik ein. Unter der Herrschaft der ausschlaggebenden Partei, des Zentrums, sei die Reichsschuld von 2 1/2 Milliarden auf 4 Milliarden gestiegen. Da mußte sich der Reichs-

res Dumaabgeordneter Kätigkeit der etwa 300 Arbeiter und die Menge und die Menge und die Menge... folgendes ins... stätigkeit... das es kein... befehlen, als... ebenes — An... zu stellen. Wir... hingeworfen... daß sie mit... dischen Pol... wie es ihr im... u. Wisard... ale... welche in der... wird, köstlich... ich in einer... einerseits, doch... und Bestm... einestheils be... haltigkeit... ist: „Seit der... haupt viel un... doch die Herren... ale auch keine... ang dauern, bis... ist.“ So im... Ortschulrat... kennt sich selbst... doch auch jeden... del geschä... sinnungen über... wachsenden Ju... ergartener Lo... ändlich ist aber... a Verhältnis... eressen der So... Streit gerät.“... ahnverwaltung... Selbständigkeit... unterminieren... Herrschaft über... en. Zu diesem... chen nach dem... end ging, um... linksrheinische... an die durch... schlecht, kurz... bahnen finan... desfreundliche... einbahngemein... zeugen die Be... de, stimmte für... it unser Abo... ständigkeit der... ächtigten. Main-Neckar... g des Vereins... den Betriebs... ch erst ein post... mit ihrem zah... wenn sie an der... dann nötige fir... den Fingern hat... den roten Augen... inel bis an die... mit einem tiefen... während ein... der Kessel zu bo... ihr an, sie ver... furtos von... Essen war beh... die Magd ein... es Zimmer. Da... stiges Bett mit... hen, ob ich mich... das war denn... bei mir stehen... aus der Kasse... denn soviel... als Glas so auf... Aktens Richter... und macht die... ich ganz ver... alle verblüht... stillen, daß der... ste am Fenster... dachte ich, das... Das war nicht... mme! Vor dem... fuhr noch eine... der Bergmü...

langler sagen, von der Finanzpolitik des Zentrums sei nichts zu erwarten, und er sah sich nach anderen Männern um. Daß der Herr Finanzminister von der linksliberalen Presse unfreundlich empfangen wurde, sei begreiflich gewesen bei der seinerzeitigen Haltung des Ministers in der ersten Kammer gegenüber den Forderungen der Eisenbahnbeamten und Arbeiter. Durch seine letzte Rede habe Herr Gossell bewiesen, daß er eine Finanzpolitik der allerältesten Schule verfolgt. Gleichwohl sehen wir auch erfreuliche Taten: Vermehrung der etatmäßigen Stellen, Gehaltstarif, Aufbesserung der nichtetatmäßigen Beamten. Bedauerlich wird, daß die Regierung sich auf Rückwirkung des Tarifs auf 1. Januar nicht einlassen will. Bemesse man die Zulage aber so, daß die Beamten keinen Ausfall erleiden, so dürfte der Termin 1. Juli allgemeine Zustimmung finden. Der Gehaltstarif habe den Mangel, daß bei den unteren Beamten im Gegensatz zu den oberen erheblich gespart wurde. Mit dem vorgeschlagenen Klassenstufen könne man sich in keiner Weise einverstanden erklären, dadurch werde dem Strebertum Tür und Tor geöffnet. Redner befragte die Gestaltung der Finanzen nach kaufmännischen Prinzipien. Baden besitze mit 70 Millionen gegenüber Preußen (821 Millionen) ein ganz ungeheures Verarmmögen. Die Eisenbahnschuld gebe zu Besorgnissen keinen Anlaß; mit der Eisenbahn werde nach wie vor ein gutes Geschäft gemacht. Wie vor 2 Jahren, so trete auch heute die große Mehrheit des Hauses für Einziehung der Lehrer in den Gehaltstarif ein. Die Mittel für die Aufbesserung der Geistlichen müssen die Kirchen selbst aufbringen; dazu ist freilich eine Umänderung des Kirchensteuergesetzes notwendig. Redner stellt einen Antrag in Aussicht, wonach die Mittel für die Oberheimregulierung und die Irrenanstalt Wiesloch auf dem Anlehenswege aufgebracht werden sollen. Die hierdurch freiwerdenden Gelder sollen Verwendung für gerechte Ausgestaltung des Gehaltstarifs, für Schul- und Kultuzwecke finden. Mit der Beamtensteuer ist Redner nicht ohne weiteres einverstanden. Die Tabaksteuerung wäre eine Ausnahmesteuerung zu Ungunsten Badens, wo die Tabakindustrie einen Haupterwerbszweig bildet. Wir in Baden haben ein Recht dazu, zu verlangen, daß die Regierung einem solchen Steuerprojekt jeden Widerstand entgegensetzt. Die Zentrumspartei habe überall, wo man die wirklich steuerkräftigen Schultern treffen konnte, versagt. Frühauf verweist auf die Erbschafts- und Ländereinkommensteuer. Er erwähnt weiter den Jolltarif, dessen üble Wirkungen sich vornehmlich an der Grenze zeigen. Mit dem Fleischsteuern müsse ausgeräumt werden. Der Aufhebung sehe nichts im Wege, da ja die Kammer zu einer Erhöhung des Vermögenssteuerfußes auf 12 Pf. gewillt sei. Redner polemisiert sodann gegen Behälter in Bezug auf dessen Ausführungen über die linksliberalen. Diese verfechten ihre Grundzüge ohne Nebenabsichten. Ob eine Verbesserung mit dieser oder jener Partei durchgeführt werden kann, komme nicht in Frage. Redner führt weiter aus: Lieber noch eine Reichseisenbahn als einen Verlust der Selbständigkeit unserer Bahnen an die preussisch-hessische Betriebsgemeinschaft. Der Gedanke einer Reichseisenbahn sollte angeregt werden. Mit den Wasserkräften in Bayern und Baden könnte man leicht ein Reichs-Elektrizitätsmonopol schaffen. Vom Regierungstisch aus höre man jetzt keine Stimme, die die Tarifreform, die Fahrkartensteuer befragt. Der Mod in Baden sei ein Kampfsprodukt, ein Festhalten an demselben wünschenswert. Wenn aber Konzessionen an Zentrum und Konservativen in Frage kommen sollten, so müßten wir, die Linksliberalen, die Mitarbeit versagen. Wir sind zwar wenige, aber unsere Bundesgenossenschaft ist gesucht. (Beifall.)

Hg. Giesler (Zent.): Wir stehen auf dem gleichen finanzpolitischen Standpunkte wie der Herr Finanzminister. Mit der bisherigen Finanzpolitik sei man nicht schlecht gefahren. Dem Antrage, jetzt in eine Anlehenpolitik überzugehen, werden wir nicht beitreten. Dem Finanzminister könne Vertrauen entgegengebracht werden. Der Gehaltstarif sei nicht dazu angetan, den Minister bei den Beamten anzuschwärzen. Wir hoffen, daß die wichtige Frage eine befriedigende Lösung findet. Das Wichtigste hervorzuheben bei den Regierungserklärungen ist wohl die Rede des Ministers des Innern. Diese war eine klare ungewöhnliche Abgabe an den Großhaushalt, eine feste Stellungnahme gegenüber der Sozialdemokratie und ein Zurückgehen zu den Zeiten des Ministers Brauer. Wir haben das Vertrauen zur Regierung, daß sie über den Parteien stehen wird, daß sie die Gleichstellung der Parteien innerhalb des Rahmens der Verfassung will. Wenn Taten folgen, so soll es uns recht sein. Wir, das Zentrum, betreiben eine Ministerkürzererei, wir legen aber Wert auf eine präzisere Stellungnahme zur Regierung. Das Zentrum habe ein Recht darauf, die erste Stelle im Präsidium einzunehmen, und die Regierung hätte darauf Rücksicht nehmen müssen. Es sei nicht zu befehlen, daß die Wodpolitik im Jahre 1905 durch die Regierung gefördert wurde. Den Aufmunterungsartikel der „Marklsruher Zeitung“ habe jedermann so verstanden, um eine Privatleistung des Redakteurs konnte es sich nicht handeln. Zu dem Vorgehen gegen die Geistlichen habe kein berechtigter Anlaß vorgelegen und deshalb die Erbitterung. Die Zentrumspartei habe in Bezug auf die Kolonialpolitik nicht antinational gehandelt, heute sind wir der Ueberzeugung, daß die Reichstagsaufhebung aus ganz anderen Gründen erfolgte. Redner rechtfertigt die Finanzpolitik des Zentrums im Reich. Wegen die Beamtensteuer sei nichts einzuwenden, wenn das Reservatrecht der süddeutschen Staaten und deren sonstigen Interessen gewahrt bleiben. Ob die nationalliberale Partei aus eigener Kraft Redner über das Zentrum wird, darüber sind wir anderer Meinung.

Mittwoch 9 Uhr Fortsetzung.

Aus der Partei.

Jorschheim, 27. Jan. Am Samstag, 1. Febr., abends 8 Uhr, findet im Saale zur „Lokalbahn“ eine öffentliche Volksversammlung statt. Kollege Wörner aus Cannstatt hält ein Referat mit Bildnissen. Es ist zu erwarten, daß die politische und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, sowie auch die Freunde unserer Sache mit ihren Familienangehörigen sich zahlreich beteiligen. Es dürfte ein genussreicher Abend bevorstehen. (Näheres siehe Inserat.)

Zu drei Monaten Gefängnis verurteilt am 22. ds. Mts. die Strafkammer in Oldenburg den Genossen Richard Wagner vom „Norddeutschen Volksblatt“ in Wam, der auch unseren Lesern nicht unbekannt ist, da er im badischen Postdienst beschäftigt war und in zwei Artikeln unseres Blattes darüber erzählt hat. Wagner sollte den Bürgermeister Koch in Delmenhorst in einer während des Bauarbeiterstreiks in Delmenhorst gehaltenen Rede durch zwei Ausdrücke beleidigt haben. Wagner bestritt, die Ausdrücke getan zu haben. Die als Zeugen erschienenen Ueber-

wachungsmannschaften sagten jedoch wie am Schnitzmesser alle dasselbe. Nur der Oberwachmeister hatte etwas anderes gehört.

Gewerkschaftliches.

Singen, 24. Jan. Die hiesigen Unternehmer in der Holzindustrie fühlen jetzt die Zeit für gekommen, um ihren Arbeitern das Leben so sauer als möglich zu machen. Von allen Werkstätten kommen Klagen, wie die Herren Meister durch allerhand Schikanierungen und Buchthausforderungen gegen die Arbeiter vorgehen. Manchmal gehen sie sogar soweit, die Fehler, die sie in ihrem Geschäft selbst verschuldet haben, auf ihre Arbeiter zu schieben. Glauben etwa die Herren, durch möglichst schroffes und brutales Vorgehen ihre Gesellen von ihrer guten und notwendigen Organisation abzubringen? Ganz das Gegenteil werden sie erreichen.

Es ist schwer zu entscheiden, welchem Geschäftsinhaber die erste Prämie für Schikanierung der Arbeiter gebührt und doch soll Herr Möbelfabrikant Baur es am besten verstehen, hat er doch einen so tüchtigen Sohn, der mit den Händen auf dem Rücken in der Werkstatt auf und ab promeniert und die Arbeiter wie ein Buchthausaufseher überwachen zu müssen glaubt. Der junge Herr würde besser tun, wenn er sich an die Hölle stellen würde und sich dort erst im Hause des Schreinerhandwerks ausbilden würde, ehe er sich anmaßt, gegen die Arbeiter ein solches Benehmen an den Tag zu legen. Auch der Abort in derselben Werkstatt verdient hier einige Worte; kommt es doch mal vor, daß benutzten, der denselben benutzen will, die Wretter, die die Decke bilden, auf den Kopf fallen. Es wird Sache der Fabrikinspektion sein, hier Abhilfe zu schaffen.

Alle diese Vorgänge, wie sie sich auszett hier abspielen, werden den Arbeitern in den betreffenden Werkstätten ein Beweis sein, wie die Herren Unternehmer gegen sie gesinnt sind. Darum kann man den Arbeitern nicht genug zurufen: Auf in die Organisation, in den Deutschen Holzarbeiterverband! Erst, wenn ihr a l l e organisiert seid, wird es besser werden.

Soziale Rundschau.

Große Streiklichter auf die traurigen sozialen Verhältnisse in den D a m e n k o n f e k t i o n s g e s c h ä f t e n werfen die Verhandlungen gegen die Inhaberinnen dieser Geschäfte wegen Ueberletzung der Arbeiterschutzbestimmungen. Gestern stand die Kleidermacherin Katharina Erb vor dem Schöffengericht in M a n n h e i m. Nicht weniger als sieben Vergehen bezw. Ueberletzungen sind ihr zur Last gelegt. Ihre über 16 Jahre alten Arbeiterinnen wurden öfters mehr als 18 Stunden und über 11 Uhr hinaus beschäftigt, davon machten auch die Samstage keine Ausnahme, wo um halb 8 Uhr geschlossen werden soll; die unter 16 Jahre alten Mädchen wurden länger als 10 Stunden und ebenfalls über 11 Uhr hinaus beschäftigt und ferner wurden die Mädchen unter und über 16 Jahre an Sonntagen bis halb 2 Uhr beschäftigt, wo die jugendlichen Arbeiterinnen überhaupt nicht beschäftigt werden dürfen. Weiter waren die Ueberstunden nicht eingetragen. Dann hatte die Angeklagte aber auch der begriffsamtkündigen Anklage nicht Folge geleistet, entweder ihre Arbeiterzahl zu verringern oder eine größere Werkstatt zu nehmen. In dem Raume, der nach den polizeilichen Vorschriften nur 5 Mädchen fassen durfte, befanden sich 11 Mädchen. Drauf ist, daß verschiedene Mädchen sich beim Erscheinen des mit der Uebertragung der Werkstätten betrauten Offizianten sich im Schlafzimmer verhielten. Als Lohn erhielten die Mädchen nach anderthalbjähriger Lehrzeit 60 Pf. pro Tag, die erste Arbeiterin erhielt — 1,80 M.! Die Lehrlinginnen erhielten die Ueberstunden nicht vergütet, die anderen nur Stundenbezahlung entsprechend dem gewöhnlichen Arbeitsstundenverdienste und das Essen. Es wurden auch einmal auf einem Ausflug nach Seckenheim freigegeben. Die Angeklagte entschuldigte sich mit Ueberhäufung der Arbeit während der Anstellung und ihr Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Holz, verweist darauf, daß sich die Arbeiterinnen stets gerne und willig zur Leistung der Ueberstunden verstanden hätten. Die einzelnen von dem Schöffengericht verhängten Geldstrafen summieren sich auf 115 M. event. 10 Tage Gefängnis.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 29. Jan.
Heute Abend Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins im „Auerbahn“.

Einen Rezitationabend

hat das Gewerkschaftskartell für morgen Donnerstag, 30. ds., bei Möhrlein veranstaltet. Wegen anderweitiger Verpflichtungen des Rezitators konnte der Tag nicht anders, wie nach der Generalversammlung des sozialdemokr. Vereins gewählt werden. Herr Wolkotte hat in organisierten Arbeiterkreisen einen guten Ruf; es dürfte sich also lohnen, die morgige Veranstaltung des Gewerkschaftskartells zu besuchen.

Die Arbeitslosen

hatten gestern Vormittag 10 Uhr im Saale der Restauration Möhrlein eine Versammlung, um über Mittel und Wege zu beraten, wie es möglich ist, sich wieder die so sehr gewünschte Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Es waren nicht die „Arbeitslosen“, die nach bürgerlichen Begriffen ihr Schicksal im Trodenen haben und ohne Arbeit und Mühe ein beschauliches Dasein führen, sondern Arbeitslose in des Wortes bitterer Bedeutung. Als man den dicht besetzten Saal vor Vormittagshunde betrat, fühlte man sofort, daß man sich im Milieu menschlichen Elendes befand. Stumm saßen die Männer da, zum Teil Veteranen der Arbeit, mit ernstmiene und sorgenburchfurchter Stirne, den matten Blick hoffnungslos ins Leere gerichtet. Es hatte keiner Bier oder sonstige Getränke vor sich. Es mochten schätzungsweise über 400 Männer gewesen sein, und man sah es ihnen an, daß es alles Leute waren, die gerne arbeiten und ehrlich ihr Brot verdienen wollen, wenn ihnen nur Gelegenheit dazu geboten ist. Kurz nach halb 11 Uhr eröffnete Arbeitersekretär Willi die Versammlung und führte ungefähr folgendes aus:

Die jetzt nicht nur in Karlsruhe, sondern auch andernwärts in bedenklichem Maße auftretende Arbeitslosigkeit ist eine Folge der Krise. Krisen sind ja im heutigen Wirtschaftsleben, so lange die kapitalistische Produktionsweise herrscht, nicht zu be-

fehligen. Schon bei einer früheren Gelegenheit nach einer Versammlung in diesem Saale sind die Arbeitslosen an die hiesige Stadtverwaltung herantreten mit der Bitte, Mittel und Wege zu schaffen, um die Not zu lindern. Leider ist aber damals wenig geschehen. Wohl haben die einzelnen Organisationen der Arbeiter Vorkehrungen für eventuelle Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder getroffen, allein diese reichen nicht aus, um dieselben vor Not zu schützen. Man hört ja sehr oft aus dem Munde der Satten, daß Arbeitsgelegenheit für jeden genügend vorhanden sei. Wer arbeiten wolle, könne jederzeit Arbeit finden. Diese Redensart ist ebenso frivol als erlogen. Denn es ist doch sicher, daß jeder einzelne hier im Saale Befindliche lieber arbeiten wird, als von Tür zu Tür um Arbeit zu bitten, besonders, wenn man Frau und Kinder zu Hause hat. Wer einmal selbst die Arbeitslosigkeit als Proletarier durchgelebt hat, wird die blöde Redensart des Satten Bürgers nicht gelten lassen. Diejenigen, die am grünen Tisch sitzen, haben keine Ahnung davon, was der Arbeitslose empfindet und diese Herren müßten erst das Elend der Arbeitslosigkeit mit ihren Folgen mal selbst durchkosten. Sie würden dann bald eine andere Anschauung bekommen.

Wir sind also heute zusammengekommen, um über geeignete Maßnahmen zu beraten, die getroffen werden müssen, um Arbeitsgelegenheit und wenn nötig auch Unterstützung zu beschaffen. Die Berechtigung dieser Forderung ist durch die heutige „Leider“ sehr zahlreich besuchte Versammlung vollumfänglich gegeben. Die Versammlung gelegentlich der letzten Krise war kaum zur Hälfte so stark besucht. Ich muß sagen, als ich den dichtbesetzten Saal betrat, war ich recht unangenehm enttäuscht. Man sieht an den Versammlungsteilnehmern, daß die Arbeitslosen nicht etwa lediglich sich aus Angehörigen des Baugewerbes zusammensetzen, wie man etwa einwenden könnte, daß vielmehr in überwiegender Zahl die anderen Berufe vertreten sind. Um sich über diese und auch andere Fragen zu orientieren, werden jetzt Fragekarten ausgegeben, jeder Versammlungsteilnehmer möge dieselbe genau und gewissenhaft ausfüllen. Auf diese Art bekommen wir dann ein zuverlässiges Material. Außerdem wird bei den einzelnen Gewerkschaften Umfrage gehalten werden, wie viel Arbeitslose diese haben und welche Geldunterstützung diese erhalten. Wir werden dann ferner uns damit zu befassen haben, welche Vorschläge wir der Stadtverwaltung und der Volksvertretung unterbreiten wollen, die in erster Linie bei solchen außergewöhnlichen Notlagen helfen helfen müssen. In früheren Jahren hat die Stadt bekanntlich sogenannte Notstandsarbeiten ausführen lassen und einen größeren Posten Steine klopfen lassen. Es muß in diesen nach den damit gemachten Erfahrungen heute schon betont werden, daß diese Arbeit nicht zu w e d e n t s p r e c h e n d ist. Erstens ist diese Arbeit für die meisten eine ungewohnte und das sie auch zum Teil im Nord ausgeführt wird, unrentable. Man könne doch nicht z. B. von einem stellenlosen Kaufmann oder arbeitslosen Schneider verlangen, daß sie sich in die Arbeit des Steinlopfens plötzlich eingewöhnen sollen, bei der sie sich höchstens für ihre eigentlichen Berufarbeiten die Hände verberben und ihre Gesundheit ruinieren. Diese sogenannten Notstandsarbeiten sind also nach zwei Richtungen hin nicht empfehlenswert. Erstens verdienen die meisten Arbeiter nichts damit und zweitens sind dieselben für die Stadtverwaltung nicht lukrativ. Das letzte Mal hat man z. B. dafür ca. 16 000 M. ausgegeben, während die gleiche Arbeit von der Maschine für ca. 5000 M. geliefert worden wäre. Man müsse sich angefangen dieses Resultates fragen, ob es nicht geteilter gewesen wäre, diese Arbeit durch die Maschine herstellen zu lassen und die Differenz an die Arbeitslosen einfach zur Verteilung zu bringen.

Eingig empfehlenswert ist fast dessen das sogen. Genier System, mit dem auch die Stadt Straßburg die besten Ergebnisse erzielt hat. Es ist die Subventionierung der Gewerkschaften, die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, damit dieselben ihren Mitgliedern höhere Unterstützung gewähren können. Dieses System hat sich auf das Beste bewährt. Aber nicht allein die Kommune hat die Pflicht eingzugreifen, sondern auch der Staat hat die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Auch muß der Staat bei Vergütung von Bahn- und sonstigen Staatsarbeiten dem Unternehmer gegenüber seinen Einfluß geltend machen, daß zunächst einheimische Arbeitskräfte Berücksichtigung finden. Bis jetzt hat der Vater Staat sich darum überhaupt nicht gekümmert, welche Arbeiter hierbei Verwendung finden. Es müßten doch zunächst die Interessen der eigenen Staatsbürger gemahrt werden, die dem Staate die Steuern bringen und ihrer Militärpflicht genügen müssen. An und für sich haben wir nichts gegen die Verwendung von ausländischen Arbeitern, aber nur bei genügender Arbeitsgelegenheit. Dem einheimischen Arbeiter steht von Natur aus das Vorrecht zu. Diesen Schutz der „nationalen Arbeit“ dürfen wir wohl verlangen. Eine Firma, die sehr viele Staatsarbeiten ausführt, aber in diesem Punkte als sehr wenig muntergiltig bezeichnet werden muß, ist die Firma Grün u. Bilfinger. So wurde uns mitgeteilt, daß hiesige Arbeiter bei derselben vorgesprochen haben und ihnen bedeutet wurde, sie sollen in einigen Wochen wieder vorsprechen. Zu gleicher Zeit habe man aber Italiener in größerer Zahl eingestellt. Das christliche Arbeitersekretariat in R 6 1 n vermittelt ständig Arbeitskräfte aus Italien an die Unternehmer und wirkt dadurch höchst kulturfeindlich, weil die Arbeitsgelegenheit für den einheimischen Arbeiter genommen und der Arbeitslohn gedrückt wird.

Ferner werden wir sofort eine Petition an den Landtag ausarbeiten und werden mit allem Nachdruck verlangen, daß es derselben nicht so ergeht, wie der Petition des Maurerverbandes über die bis jetzt überhaupt noch nicht verhandelt worden ist. Jedenfalls ist sofortige Hilfe vonnöten. Die Stadt muß projektivierte Arbeiten ausführen lassen, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen, wenigstens für einen Teil der Arbeitslosen.

Redner bringt alsdann eine Resolution zur Verlesung, die einstimmig Annahme fand; dieselbe lautet:

Die am 28. Januar in der Restauration Möhrlein in Karlsruhe stattfindende Versammlung der am Plage anhängigen Arbeitslosen spricht die Erwartung aus, daß Staat und Gemeinde Vorkehrungen treffen, um der infolge des schlechten Geschäftsganges eingetretenen Arbeitslosigkeit und der damit in Verbindung stehenden Not entgegenzuwirken.

Als eines der geeignetsten Mittel, die durch die Arbeitslosigkeit verursachte Not zu lindern, dürfte die Subventionierung der Gewerkschaften aus staatlichen und kommunalen Mitteln zu empfehlen sein.

Die Inangriffnahme von Notstandsarbeiten in möglichst ausgedehnter Weise ist eine Notwendigkeit; insbesondere aber erwarten die Versammelten, daß bei der Ausführung staatlicher und kommunaler Arbeiten in erster Linie einheimische Arbeitskräfte beschäftigt werden. Die einheimischen Arbeiter haben gegen Staat und Gemeinde Pflichten, sie nehmen

Summen verließen haben, die sie sich dann ratenweise zurückgeben ließ. Ob Geld gestohlen ist, konnte bisher nicht festgestellt werden. Ueber den Täter herrscht noch völliges Dunkel.

Heute Nachmittag 3 Uhr ereignete sich ein schwerer Unfall beim Neubau der Charlottenhütte. Das rechtsseitige Gerüst stürzte vollständig ein. Glücklicherweise wurde jedoch nur ein Arbeiter und zwar nicht erheblich verletzt.

Ein neues System von drahtloser Telegraphie mit kontinuierlichen Wellen ist von dem Erfinder von Lepel durch Telegraphieren von Reinickendorf bei Berlin nach Braunschweig (230 Kilometer) mit Erfolg vorgeführt worden. Ein höchst einfacher kleiner Apparat erzielt bei geringem Stromverbrauch einen großen Nuffekt und gestattet auch die Ausarbeitung der drahtlosen Telephonie.

In der Gastwirtschaft von Hauffhild in der Gölziger Straße hat sich eine aufregende Liebestragödie abgespielt. Dort versuchte der 22jährige Kaufmann Wilhelm Jacobowitsch die um 5 Jahre jüngere Stieftochter des Gastwirts Schulze zu erschleichen und sich dann selbst zu töten. Beide sind schwer, doch nicht lebensgefährlich verletzt. Jacobowitsch hat die Tat beangangen, weil seine Werbungen von dem Mädchen zurückgewiesen wurden.

Königshütte, 28. Jan. Drei Kinder einer Witwe im Alter von 2 bis 8 Jahren, die allein in der Wohnung waren, verursachten einen Zimmerbrand und fanden alle drei den Tod in den Flammen.

Letzte Post.

Badische Handwerker gegen die Sonntagsruhe.

Kastatt, 28. Jan. Das Präsidium des Landesverbandes der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen wird die gegen eine weitere Einschränkung der Sonntagsarbeit gerichteten Bestrebungen unterstützen.

Neue Telephongebührenordnung.

Lahr, 28. Jan. Die hiesige Handelskammer beschäftigte sich mit dem Entwurf einer neuen Telephongebührenordnung. Sie hält es nicht für gerechtfertigt, daß ein wichtiges wirtschaftliches Verkehrsinteresse dem fiskalischen Interesse nachgestellt werde und ist der Ansicht, daß eine „gerechtere Repartierung der Kosten zwischen Stadt und Land“, d. h. eine berechnete stärkere Heranziehung der die Einrichtung über das Durchschnittsmaß benutzenden Teilnehmer sich erreichen läßt, ohne die allgemeine Steigerung der Gebühren, die viele kleine und mittlere Betriebe hart treffen würde.

Der Wittmannprozess.

Donauersingen, 28. Jan. Gegen das Urteil des Schöffengerichts Stodach im Prozess Wittmann-Willibald hat der Vertreter des Privatklägers, Rechtsanwalt Welter-Konstantz, Berufung eingelegt.

Eine Ueberrumpfung der preussischen Wähler versucht?

Der „Schwäbischen Tagwacht“ wird aus Berlin gemeldet: „Wie aus zuverlässiger Quelle bekannt wird, sollen die preussischen Landtagswahlen nicht erst im September oder Oktober, sondern schon im Mai oder Juni d. J. stattfinden.“

Bei Sozialdemokratie starrt bereits in Waffen! Sie steht eben früh auf. Nur die bürgerlichen Parteien könnten durch die vorzeitige Anberaumung des Wahltermins von der Regierung überrumpelt werden.

Die Steuerentwürfe noch nicht im Reichstag.

Berlin, 28. Jan. Entgegen anders lautenden Meldungen hat dem „Lokalanzeiger“ zufolge der Bundesrat bisher die Spiritus-Monopolvorlage noch nicht verabschiedet und es ist auch fraglich, ob dies in der nächsten Plenarsitzung bereits geschehen wird. Die Vorlage über eine Zigarrenbanderolensteuer ruht noch in dem Ausschuss des Bundesrats und begegnet dort anscheinend manchen Schwierigkeiten. Unter diesen Umständen läßt es sich noch nicht absehen, wenn diese Steuerentwürfe an den Reichstag gelangen werden.

Die Gehaltsvorlage der Reichsbeamten.

Berlin, 28. Jan. Die Vorlage über die Neuregelung der Gehälter der Reichsbeamten ist zwar fertiggestellt, doch finden fortgesetzt weiter eingehende Prüfungen der einzelnen Positionen statt, die zu Änderungen und Neuaufstellungen führen. Es ist daher zurzeit noch unbestimmt, wann die Vorlage dem Reichstage zugehen wird.

Das hat noch gefehlt.

Berlin, 28. Jan. Gegen den Herausgeber der Berliner Wochenchrift „Morgen“, Dr. Landsberger, hat Graf Kuno Wolff Strafantrag gestellt. Der Graf fühlt sich durch einen die Wolff-Affäre berührenden Artikel der Zeitschrift beleidigt.

Die Marokkofrage.

Rom, 28. Jan. Dem „Corriere della Sera“ zufolge soll Deutschland beabsichtigen, eine neue internationale Konferenz zur Lösung der marokkanischen Frage in Marokko für den Fall einzuberufen, daß Frankreich in Marokko nicht größere Reserve an den Tag legt und Muley Hafid Sieger in dem Kampfe gegen Abdul Afis bleibt.

Paris, 28. Jan. Sämtliche Morgenblätter besprechen ausführlich die gestrige Rede Richons in der Kammer. „L'Avance“ sagt, Richon hat in seiner Erklärung bekräftigt, daß die auswärtige Politik gegen niemanden gerichtet sein dürfe, daß sie niemanden isolieren und daß sie nichts anderes bezwecken darf, als neue Bande des Friedens anzuknüpfen. „Radical“ schreibt: Die klare und logische Rede Richons hat die Kammer überzeugt. Das Blatt ist der Ansicht, daß die Rede überall dieselbe Wirkung haben werde. „Gum a nite“ meint, die gestrige Sitzung hat Europa Gelegenheit gegeben, sein nach der Rede Delcassés übereilt gefälltes Urteil zu rektifizieren.

Langer, 28. Jan. Die Freilassung Macleans wird ständig erwartet. Die beiderseitigen Bedingungen sind angenommen. Aus Fez wird berichtet, daß die Truppen die Steuern eintreiben. Der Erlös soll dazu dienen, eine neue Mahalla auszurüsten, sowie Waffen anzukaufen, um die Anhänger Abdul Afis wirksam bekämpfen zu können. In Mazagan ist alles ruhig. Aus Marakech wird gemeldet, daß dort Vorbereitungen für den heiligen Krieg getroffen werden.

Die Truppen Muley Hafids sollen um mehrere tausend Mann verstärkt worden sein.

Paris, 29. Jan. In der gestrigen Sitzung der französischen Kammer hielt Jaures eine Rede von eindringlichem Ernst, die offensichtlich einen nachhaltigen Eindruck hervorbrachte. Er sagte, Delcassé sei der Mann nicht, um Frankreich zum Bahnhin fortzuführen. Frankreich fürchtet sich nicht vor dem Kriege, es wolle aber den Frieden, gegen den auch die französisch-englische Freundschaft sich nicht richten dürfe. Frankreich, das um Metz und Strassburg nicht kämpfen wegen Abdul Afis, in einen Krieg mit Deutschland zu verwickeln, wäre ein fluchwürdiges Verbrechen. (Lebhafter Beifall.) Schließlich gelangte die von der Regierung vorgeschlagene Tagesordnung von Dubief zur Abstimmung, welche lautet: die Kammer, entschlossen, den Vertrag von Algéciras durchzuführen und die Verteidigung der Rechte und Interessen Frankreichs in Marokko ohne Einmischung in die innere Politik Marokkos zu übernehmen, spricht der Regierung das Vertrauen aus und übermittelt den Offizieren und Soldaten, die in Marokko kämpfen, die Glückwünsche der Nation. Der Teil der Tagesordnung ohne den Vertrauensausdruck wird einstimmig, die ganze Tagesordnung mit 436 gegen 51 Stimmen angenommen.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Brauereiarbeiter.) Die Mitglieder werden ersucht den Reitationsabend am Donnerstag zahlreich zu besuchen. Freitag, den 31. ds., abends 8 Uhr, findet bei Paul Gelfantauschühung statt, wozu sämtliche Vertrauensmänner zu erscheinen haben.

Karlsruhe. (Arbeiter-Kadfabrik-Verein.) Samstag, den 1. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Röhrlein Monatsversammlung. Stellungnahme zum Bezirks- und Gaugau. Freitag, den 31. Jan. Ausschusssitzung bei Mitglied Diez zum „Famenspiel“. Der Vorstand.

Bruchsal. Mittwoch, den 29. d. Mts., abends halb 9 Uhr, im „Einhorn“ Vortrag. Thema: Feuerbestattung. Referent: Herr Stadtv. Mehnert Bruchsal. Die Gewerkschafts- und Parteimitglieder, sowie Volkshilfsmitglieder sind freundlichst eingeladen. Das Gewerkschaftsamt.

Malsh. (Soz. Wahlverein.) Sonntag, 2. Febr., nachmittags 3 Uhr, ordentliche Generalversammlung. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.

N. hier. Artikel erscheint in einer der nächsten Nummern. Er wäre auch ohne die gestellte Anfrage aufgenommen worden. P. B. Die Behandlung der Angelegenheit erfolgt in einer der nächsten Nummern.

Briefkasten der Expedition.

B., Eubingen. Ihre Zeitung geht hier regelmäßig ab. Reflektieren Sie einmal energisch bei dem dortigen Postamt.

Wasserstand des Rheins.

Mittwoch, den 29. Januar, morgens 6 Uhr: Schutterinsel 2.15, gest. 1.12 cm, Rehl 1.90, gest. 58 cm, Maxau 3.33, gest. 43 cm, Mannheim 2.73, gest. 95 cm.

Carl Steinbach



empfehlen Nähmaschinen, Lang-, Schwing- und Ring-, schiffe und Zentral-Webin mit Stiel-Einrichtung, bei langjähr. Garantie, sowie günstige Teilzahlung. Reparaturen schnell u. billig.

Hosenträger erstklassiges Fabrikat sowie sämtliche Lederwaren empfiehlt in großer Auswahl zu billigsten Preisen. H. Oswald, Schützenstr. 42

Patent-Anwalt. Tel. 1303 C. Kleyer Karlsruhe

Händler und Händlerin... verleiht Eisenbahnstr. 10, 3. r.

Voranzeige!

Unsere Weisse Woche beginnt Montag, 3. Februar

und bietet in allen Abteilungen besondere Vorteile zu staunend billigen Preisen.

Herm. Schmoller & Cie.

NB. Besichtigung der ausgelegten Waren ohne Kaufzwang gerne gestattet.

Züchtige erfahrene Eisengiesser u. Kernemacher zum sofortigen Eintritt gesucht. Schneider, Jaquet & Co. 386 G. m. b. H. Maschinenfabrik u. Eisengießerei Strassburg-Königshefen

K. Liebegut Papierhandlung Zirkel 24 Größte Auswahl sämtlicher Reidenutenfüllen

Rote + Lose à 1 Mk. des Bad. Land esvereins. Nur Geldgewinne. Ziehung sicher 22. Febr. 3388 Bargew. ohne Abzug. 44000 Mk. 2 Hauptgewinne 20000 Mk. 586 Gewinne 14000 Mk. 2800 Gewinne 10000 Mk. Lose à 1 Mk. 11 Lose 10 Mk. Lose u. Liste 40 3 versend. d. General-Deb. J. Stürmer, Strassburg i. El. Langestr. 107. In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstr. 11/15. H. Meyle, L. Michel, E. Flüge, Chr. Frank, A. Stauffert, J. Dahringer.

Maskenkostüm neu, edel, billig zu verleihen. Dittlerstr. 10/12, Ginterstr.

ng der fran-
on eindring-
en Eindruck
n nicht, um
reich fürchtet
rieden, gegen
ft sich nicht
o Strahburg
Krieg mit
irdiges Ver-
gelangte die
ung von Du-
ammer, ent-
zuführen und
ranfreichs in
if Marokkos
ertrauen aus
ten, die in
on. Der Teil
ud wird ein-
gen 51 Stim-

werden ersucht
ch zu besuchen.
bei Kauf Ge-
trauensmänner
427
g, den 1. Febr.
sberammlung
Freitag, den
zum Pfannen-
Der Vorstand,
halb 9 Uhr, im
ng. Referent:
Gewerkschafts-
find freundlich
schaftsartell.
l., nachmittags
Das Erscheinen
Der Vorstand.

n.
ften Nummern
ommen worden
erfolgt in einer

on.
regelmäßig ab-
en Postamt.

15.
lber:
1.90, gejl. 58 cm,
gejl. 95 cm.

erfahrene
esser u.
macher

Eintritt gesüdt.
Bagnel & Co.
b. S.
u. Eisengeherri
Königs Hofen.

ebegut
andlung
el 24

Auswahl
schonnutzenfilien

Lose
à 1 Mk.

d esvereins.
Gewinne.
her 23. Febr.
w. ohne Abzug.

00 Mk.
Gewinne

00 Mk.
Gewinne

00 Mk.
Gewinne

11 Lose 10 Mk.
/ Porto u. Liste 20 g
General-Deb.
Strassburg i. El.
Laugstr. 107.

abe: Carl
belster, 11/15,
L. Michel, E.
Frank, A.
J. Dahringer.

neu, ede
m, Ziroletti
ben.
12, Sinterb.



Die Weisse Woche

**beginnt Montag den 3. Februar.
bringt fabelhafte Vorteile!**

Wegen Vorbereitung zur Weissen Woche bleibt unser Geschäft
Sonntag, 2. Februar geschlossen.

Hermann Tietz.

Freiswerte Lebensmittel

- Gerstenkaffee** p. Pfd. 18, bei 5 Pfd. 16
- Edler Malzkaffee** daselbe wie in Pa-
keten, per Pfd. 25,
bei 5 Pfd. 23 Pfg.
- Spezialkaffee**
per 1/2 Pfd. 60 Pfg.
- Würfelzucker**
per Pfd. 28 Pfg.
- das. süddeutsches
Erzeugnis**
bei 5 Pfd. 22 1/2 Pfg.
5 Pfd.-Pakete 1,15
- Eicherie**
1/2 Pfd. 22, 5. 5 Pfd. 21
- Buchsalz**
per Pfd. 9 Pfg.
- Reis**
per Pfd. 15 Pfd.
- Hafeine Reis**
per Pfd. 17 Pfg.
- Gerste**
per Pfd. 17 Pfg.
- Maccaroni**
per Pfd. 25 Pfg.
- Einwas wirtlich
Gutes**
per Pfd. 35 Pfg.
- Eiermehl**
per Pfd. 40 Pfg.
- Eierriebele**
per Pfd. 45 Pfg.
- Muscheln** 428
per Pfd. 40 Pfg.
- Hörnchen**
per Pfd. 40 Pfg.
- Mehl O-Losung**
5 Pfd. 90 Pfg.
- Sauerkraut**
per Pfd. 7 Pfg.

**Ph. Luger u. Fil.
Durlach.**

Schreiben Sie eine Postkarte

an das Haus Max Brings, Mainz No. A 432
und verlangen Sie per Nachnahme
ein 10-Mk.-Paket franko ins Haus
(bestehend aus 40 Gegenständen)
ohne jede Nachzahlung. Trotz der jetzigen hohen Leinen-
und Baumwollwarenpreise sind wir in der Lage, dieses
Paket, von welchem 20 Gegenstände schon mehr
wie 10 Mk. repräsentieren, zu diesem Ein-
führungspreis abzugeben und zwar nur, um unsere
Firma bekannt zu machen und auf neue Bestellungen
rechnen zu können. 480

Nie wiederkehrende Gelegenheit:
6 Meter Stoff zu einem Kleid, vorzügl. Qualität
6 Taschentücher, weißer Linon, gefärbt
3 Paar Strümpfe, echt diamantschwarz
2 Paar Herren-Socken, schlarbig
2 Schürzen, garantiert waschfest
6 Handtücher, prima Dreifach, fertig abgepaßt
6 Servietten, gebrauchsfertig
1 Waschtuchdecke mit reizendem Muster
1 Tischuch, vollst. groß, m. Blumen u. Karomuster
1 Paar elegante Damenhandschuhe
6 Polsterkissen mit bunter Kante.
Sämtliche 40 Gegenstände für 10.85 Mk.
einschliesslich Verpackung und Porto
frei ins Haus.
Nichtkonvertierendes wird bereitwillig umgetauscht.
Kaufhaus Max Brings, Mainz, No. A. 432
Schusterstraße 21. Alte Universitätsstrasse.

Sanften langanhaltenden Schnitt

hat meine Spezialmarke „Hummel-Rasiermesser“. In allen
Breiten vorräthig. Alle Rasiermesser werden bei mir sorgfältigst
fachgemäß geschliffen mit voller Garantie für guten Schnitt.
Verband nach auswärts. 2344

Karl Hummel, Karlsruhe, Werderstraße 13.

Konsumverein für Bruchsal und Umgegend

eingetr. Genossensch. m. b. Haftpflicht.
Bilanz per 30. September 1907.
(2. Geschäftsjahr vom 1. Oktober 1906 bis 30. September 1907.)
Genehmigt in der ordentl. Generalversammlung vom 24. November 1907.

Aktiva.		Passiva.	
1. Kassenkonto laut Inventur	2638.26 Mk.	1. Geschäftsanteilkonto	3806.— Mk.
2. Kassenkonto, Barbestand	328.61 "	2. Reservefondkonto	191.30 "
3. Bankkonto einschl. Zins	2393.37 "	3. Kautionskonto (Lagerhalter)	500.— "
4. Inventurkonto	1001.26 "	4. Rohlenborchungskonto	1580.48 "
5. Städtische Sparkasse	500.— "	5. Kreditorenkonto	1840.22 "
6. Vorausbezahlte Versicherungen	50.80 "	6. Reingewinn	1840.22 "
	1907/08		
Zusammen		Zusammen	
61.07.— Mk.		6907.— Mk.	
Eingezahlte Geschäftsanteile		Bestand am 30. September 1906	
3806.— Mk.		241	
Sollsumme der Mitglieder		Eingetretene bis 30. Sept. 1907	
3460.— "		41	
		Ausgetreten durch Tod, Auf- kündigung und Wegzug	
		23	
		Mitgliederstand am 1. Oktober 1907	
		250	

R. Schmidt. J. Drechsler. S. Krüschbach.

Zu kaufen gesucht

wird von einem Verein ein
zurückgelegtes
Konversations-Lexikon
(Meyers oder Brockhaus). Off.
mit Preisang. möge man unter
Nr. 431 auf der Exped. d. Bl.
abgeben.

Fleisch-Verkauf.

Am Mittwoch den 29. Ja-
nuar findet in der städtischen
Fleischhalle k e i n Fleischverkauf
mehr statt.
Karlsruhe, d. 27. Jan. 1908.
Stadt. Schlacht u. Viehhof-
Direktion.

Nebenerwerb

ohne besonderen Zeitverlust wird
lostenlos u. unverbindlich nachge-
wiesen. Curt Acker, Chemnitz i. S.

Achtung! Vereine!

Schönes Nebenzimmer mit
Klavier für mittleren Verein an-
entgeltlich sofort zu vermieten.
Josef Wagner
Gasthaus zur „Morgenröte“
421 Augartenstraße 85.

Bitte.

Wer leiht einem verheirateten
Arbeiter 100 Mk. gegen pünkt-
liche 14-tägige Rückzahlung von
10 Mk. Df. u. 424 a. d. Exp.

Maskenkostüme

Bernerin und Rococo, billig zu
verleihen. Werberstr. 62 III l.
Rudolfstraße 6, 4. St. rechts
ist ein möbl. Zimmer zu
vermieten. 425

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter
Zweigverein Karlsruhe. — Bureau: Gluckstr. 1, III.
Sonntag den 2. Februar, nachmittags 2 Uhr
im Neuen Saalbau in Mähburg

Ordentl. General-Versammlung

Tagesordnung:
1. Protokolllesen. — 2. Tätigkeits- und Kassenbericht.
— 3. Neuwahl der Vorstandschaft und sämtlicher Ver-
trauensmänner. — 4. Anträge. 426

Seefisch-Markt Durlach

- am Donnerstag und Freitag
- kleine Schellfische**
per Pfd. 23 -/
- Merlans** sehr begehrtter Fisch
per Pfd. 25 -/
- Schellfische zum Sieden**
per Pfd. 23 -/
- Cabeljan** per Pfd. 25 -/
- Räucherfische**
Kieler 6 -/ Bückinge
geräuch. Schellfische p. Pfd. 30 -/
- Sprotten 1/4 Pfd. -/ 20
- Marinaden**
429 Kollmops Stück 5 -/
- Bismarckhähne Stück 6 -/
- Philipp Luger und Filialen
Durlach.**

Kolosseum, Freiburg

beim Martinstor.
Das wunderbare Programm
mit Mth Alice, Capt. Steina, weltberühmte Transbaaler
Kunstschüler, Ara, Zebra, Vora, indianischer Reitverkehr,
Walter Schneider, der geistreiche Humorist, Bernhard-Trio!
Ferner die andern neuengagierten Künstlertruppen, sowie nur
noch bis inkl. 31. Januar in jeder Vorstellung Varietés im
Variété. Kinematograph in längst bekannter Güte.

Welt Kinematograph

420 G. m. b. H.
Belehrendes Institut!
Schenkwürdigkeit! Ranges!
Theater lebender
Photographien!
Freiburg i. B., Kaiserstr. 68 I
Programm vom 23. bis inkl.
29. Januar 1908.

Die Frau des Schmugglers.

Die Erbschaft des Vaters.
Großer Lacherfolg.

Tanzduett aus der Oper

„Hänsel u. Gretel“. Hänsel:
Jda Perry; Gretel: Hedwig
Bolz. Musik von Engelbert
Humperdinck.

Die Fischzucht in England.

Belehrende Naturaufnahmen.
Automatenarie aus der Oper
„Hoffmanns Erzählungen“.
Olympia: Fräulein Hedwig
Francillo-Kauffmann.

Der historische Festzug nebst

Mitterspielen und Tour-
nieren beim „Goldenen
Baum“ in Vrlänge (Belgien).
Wunderbare Rüstungen.
Herlicher Verwandlungsfilm
in künstlerischer und bunter
Ausführung.

Das Skifest 1908 a. d.

Schaniisland-Halden.
(Eigene Aufnahme.)
Preise: 80 Pf., 50 Pf., 30 Pf.
Abonnenten, Militär, Kinder
u. Vereine die üblichen Preis-
ermäßigungen.

Wilh. Eckert,

Uhrmacher, Marienstr. 20,
neb. dem Apollo-Theater
empfiehlt sein Lager in
Taschen- u. Wanduhren.
Billige Reparatur-Werk-
stätte, Trauringe, 8 u.
14 Lar. gestempelt, das Paar
b. M 12—27. Brillen u. Zwicker.

Haus-Verkauf.

Ein einstöckiges Wohnhaus
(neuerbaut) nebst Scheune, Schup-
pen und Stallung sowie etwas
Hausgarten ist um den Preis
von 9800 Mk. zu verkaufen. Da-
selbst wird ein leichter Wagen
preiswert abgegeben. Zu erf.
in Antelingen, Hildstr. 17. 403

Vogelfutter,

einzeln und in bestbewähr-
ten, gut gereinigten Misch-
ungen für Kanarien, Pracht-
finken, deutsche Psal-
vengel, Weichhusten, Papa-
geien etc.

La Sommerbrüpfen.

Praktische und sauber ge-
arbeitete Vogelkäfige, Ein-
satz- u. Transportkäfige etc.,
sowie sämtliche Utensilien
zur Vogelzucht und Pflege.
Niederlage der Vogelfischen
Vogelfutter. 351

Carl Weiß Köf.,

Samenhandlung, Fähringer-
straße 96, gegenüber dem
Rathaus.

Kriegstr. 171, 8. St., ist ein

schön möbl. Zimmer z. verm.
**Zimmermann-
Lehrling gesucht.**
Für sofort ein kräftiger,
fleißiger und ehrlicher Lehrling
gesucht. Zu erfragen Marien-
straße 36 bei Lud. Meffert,
Zimmermeister.

Die unterzeichneten Firmen der

Manufaktur-, Weisswaren-, Konfektion-, Kurz-, Wollwaren-, Putz-, Besatzartikel-, Stickerei-, Posamenten-, Herrenmoden-, Pelz-, Lederwaren- und Haushaltungs-Branchen

Mitglieder des Karlsruher Rabatt-Sparvereins

veranstalten wie im vorigen Jahre von

Montag den 3. Februar bis einschl. Montag den 10. Februar

gemeinschaftlich einen

Grossen Sonder-Verkauf Weisse Woche

in ihren Artikeln.

Die zum Verkauf gelangenden Waren sind **grösstenteils** im Preise **besonders herabgesetzt**, ausserdem werden für diese Zeit

doppelte Rabattmarken oder **10% Rabatt** **in bar** gegeben.

Durch Zusammenschluss erster **Spezial-Geschäfte** obiger Branchen wird die Veranstaltung dem titl. Publikum wiederum die **grössten Vorteile** nach jeder Richtung hin bieten.

Diejenigen Firmen, welche sich dem **Sonder-Verkauf** angeschlossen haben, sind durch **einheitliche in den Schaufenstern angebrachte Plakate** kenntlich.

Manufaktur- und Weisswaren	Ausstattungs-Geschäfte	Haushaltungs-Geschäfte
<p>Wilh. Boländer, Kaiserstrasse 121 Carl Büchle Nachf., Kaiserstrasse 149 L. & S. Dreyfuß, Kriegstr. 8 Joh. Hertenstein, Herrenstr. 25 Hesserl & Kieser, Douglasstr. 18 Jakob Löwe, Adlerstr. 18a Julius Löwe, Werderstr. 25 Christ. Oertel, Kaiserstr. 101 M. Schneider, Kaiserstr. 181 J. Schneyer, Werderstr. 53 Carl Schöpf, Kaiserstr. 139</p>	<p>Emil Bürkel Nachf., Waldstr. 48 Franz Perrin, Kaiserstr. 124 b A. H. Rotschild, Kaiserstr. 167</p>	<p>J. Bähr, Waldstrasse 51 Edm. Eberhard, Ludwigsplatz 40 b N. Hebeisen, Werderstrasse 36 Franz Hug, Karl Friedrichstrasse 14 Jos. Meess, Erbprinzenstrasse 29 Gebr. Wissler, Kaiserstrasse 237</p>
Damen-Konfektion	Besatzartikel und Modewaren	Kurz-, Wollwaren- u. Stickereigeschäfte
<p>C. Berner, Kaiserstr. 122 Margarete Dung, Kaiserstr. 86 E. Neu Nachf., Kaiserstr. 74</p>	Herren-Moden	<p>Emil Kley, Erbprinzenstrasse 25 August Sauer, Kaiserstrasse 163 Rudolf Vieser, Kaiserstrasse 153 J. Westheimer, Kaiserpassage 2 Leopold Wipfler, Luisenstrasse 31</p>
	Pelzwaren, Herrenhüte und Mützen	Putz-Geschäfte
	Reiseartikel und Lederwaren	<p>Eckert-Kramer, Karl Friedrichstrasse 22 A. & B. Fuchs, Kaiserstrasse 177</p>
	Ed. Müller, Hoflieferant, Waldstrasse 49	

Dr.

Ausgabe
Abonnen
75 Pf.
abgehoit,
BRI. 2.10.

sch d r

Die S
Angriffe,
mente gel
zu jeder S
die heutiq
treter in
meie, liefe
beweisfrä
rede des S
Anfrage
Landtags
der letzte
12 Uhr mi
legten Aus
nalliberale
D. J. S.
immer, wo
Er ist in
Miniatura
Spezgen K
Fieder und
wegen der
er daran,
tramsherr
Element, d
sicus für
schot und
gänge und
demokratie
ausauflegen
norausgege
Rede in Be
Jähringer
politik der
mahlbündn
lieg durch
streiten geg
einwirkung
wie damals
Den na
der Justiar
geordneten
entwaffnete
ganze Sam
im Namen
verfälschert
der Nation
wenig trösf
Ein rei h
Endlich
Frank au
von dem A
tratie erho
tinen Einfu
nennung d
Arbeiterfö
städtischen
stellen. D
Zeit und
nehmen. G
höchsten M
bericht hab
haben, auf
tafbaren M
Schluss sein
K r i e u
loftigkeit
Berjamm
has gefant
der Minife
märtigen S
loftigkeit im
Die Arbeit
für diesen
einem Bege
schottliche B
Die Ant
pig und H
berlich in
mfräften.
Seute w

Präsident
Wg. D